

Inhaltsverzeichnis

Spital Emmental

[Spitäler wegen ambulanter Eingriffe unter Druck](#)

Tages-Anzeiger

08.04.2019

Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe
tagesanzeiger.ch 08.04.2019

TITELSEITE

Spitäler wegen ambulanter Eingriffe unter Druck

Gesundheit - Seit diesem Jahr gilt für mindestens sechs Bereiche von Operationen oder Untersuchungen der Grundsatz «ambulant statt stationär». Einige Kantone gehen gar darüber hinaus und verlangen, dass noch weitere Operationen ambulant durchgeführt werden. Dadurch können die Kantone bis zu 90 Millionen Franken sparen, wie ein Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) zeigt. Ambulante Behandlungen sind denn auch deutlich günstiger als stationäre Eingriffe, die mit einem längeren Spitalaufenthalt verbunden sind. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind Spitäler mit vielen operativen, aber relativ einfachen Eingriffen; also Regionalspitäler tendenziell eher als grosse Zentrumsspitäler. In einzelnen Kantonen geht man davon aus, dass die Regelung die Spitallandschaft tiefgreifend verändern wird. Es bedeutet etwa, dass die Spitäler in Ambulatorien investieren müssen.

SCHWEIZ SEITE 8

Spitäler kämpfen mit Umstellung

Gesundheit - Zwecks Kosteneinsparung müssen Operationen vermehrt ambulant statt stationär durchgeführt werden. Das bringt den Spitalern neue Konkurrenz.

[Ganzer Beitrag als PDF](#)

Dominik Feusi

Im Kanton St. Gallen stehen fünf kleinere Spitäler vor der Schliessung. Im Kanton Zürich kämpft das Spital Affoltern ums Überleben, und die Spitäler in Wetzikon und Uster wollen fusionieren. Nach der gescheiterten Spitalfusion in der Nordwestschweiz ist unklar, wie es dort weitergeht. Die Schweizer Spitallandschaft ist im Umbruch.

Einer der Gründe ist die 2012 eingeführte neue Spitalfinanzierung. Es gibt nur noch Pauschalen, statt dass jeder Spitaltag abgegolten wird. Und jetzt kommt die nächste Herausforderung: Ab diesem Jahr gilt für mindestens sechs Bereiche von Operationen oder Untersuchungen der Grundsatz «ambulant statt stationär». Die Eingriffe müssen nach einer Vorgabe des Bundes an einem Tag ausgeführt werden. Dazu gehören Kniearthroskopien, die Entfernung der Krampfadern oder der Mandeln.

Die Operationen werden dann zu einem anderen Tarif abgerechnet. Zum Vergleich: Am Kantonsspital Baden kostet eine Meniskusoperation 3971 Franken, wenn sie stationär durchgeführt wird; dasselbe kostet ambulant 1980 Franken. Die Tarife für ambulante Eingriffe sind also deutlich tiefer als bei einer Behandlung mit Spitalaufenthalt und werden vollständig von den Krankenkassen bezahlt, statt zur Hälfte durch die Kantone. «Die sechs Eingriffe betreffen rund 33000 Fälle pro Jahr», sagt Philip Sommer, Leiter Beratung im Gesundheitswesen beim Beratungsunternehmen PWC. Sommer hat die Folgen der neuen Regelung untersucht. Das würde bloss zwei Prozent aller stationären Eingriffe betreffen. Für die Kantone ergibt sich daraus gemäss einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums Obsan ein Sparpotenzial von 90 Millionen Franken.

Die Liste des Bundes ist wohl nur der Anfang. Nach einem Monitoring über deren Wirkung will das Bundesamt für Gesundheit über einen Ausbau der Liste entscheiden. Einige Kantone gehen schon jetzt weiter und haben bis zu sechzehn Eingriffe auf die Liste gesetzt. Vorreiter dieser Entwicklung war die Romandie. Dort hat man schon vor Jahren

mit der Umstellung begonnen. Sollte die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Eingriffen im Parlament beschlossen werden, würde für alle Eingriffe der Anreiz wegfallen, die Patienten im Spital zu behalten.

Rote Zahlen

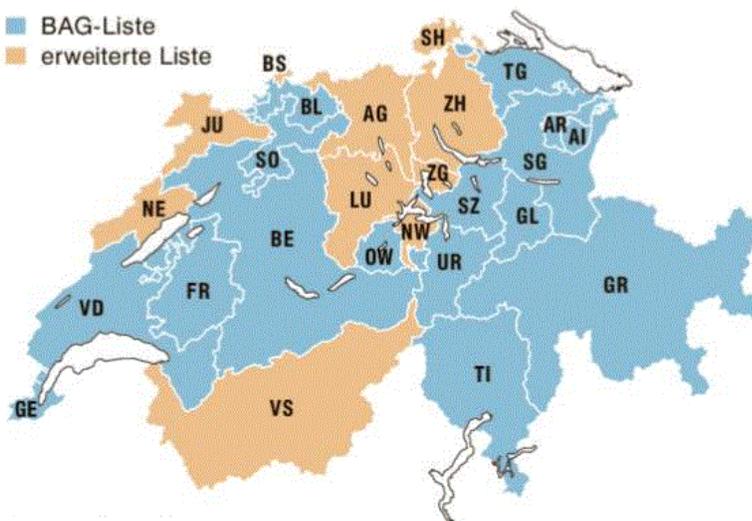
Philip Sommer schätzt, dass das Potenzial für ambulante statt stationäre Fälle in den nächsten 10 Jahren deutlich höher liegt. «Es könnten rund 200000 heute stationäre Fälle künftig ohne Übernachtung im Spital behandelt werden.» Das wären 14 Prozent aller stationären Patienten.

Spitäler mit vielen operativen, aber relativ einfachen Eingriffen sind gemäss Sommer von dieser Entwicklung stärker betroffen. Das trifft Regionalspitäler tendenziell eher als grosse Zentrumsspitäler. Aber auch dort sind die Herausforderungen gross. «Die Spitäler müssen umdenken und rasch ein effizientes Ambulatorium anbieten», sagt Jérôme Cosandey, Gesundheitsökonom von Avenir Suisse. «Das fällt vielen Spitälern schwer, grossen wie kleinen.» Es sind nicht nur öffentliche Spitäler, die den Wandel spüren: Die zur Hirslanden-Gruppe gehörende Klinik St. Anna in Luzern meldete Ende Januar, sie habe von Mitte 2017 bis Ende 2018 rund 1000 Fälle ambulant statt stationär behandelt, und bei «fast allen» rote Zahlen geschrieben. Weil Patienten wieder nach Hause gehen, muss ein Ambulatorium effizienter arbeiten als eine stationäre Klinik.

Wird die Regelung zu einem Abbau von Spitalbetten führen? Fragt man die Kantone, so winken die meisten ab. Einzig der Kanton Bern geht davon aus, dass eine erweiterte Liste zu «tief greifenden Veränderungen in der Spitallandschaft» führen würde. Wer beim Berner Inselspital nachfragt, wie sich die neue Regel auf dessen Landspitäler auswirkt, erhält keine genaue Auskunft. Man sei sich der Herausforderung bewusst und werde «ambulante Angebote weiter ausbauen und spezialisierte Infrastruktur für ambulante Kleineingriffe schaffen», sagt ein Mediensprecher. [Das hat das Spital Burgdorf schon hinter sich. Es hat sich vor zwei Jahren vom Kanton für 111 Millionen Franken ein neues Gebäude für ambulante Eingriffe bezahlen lassen.**](#)

Für Cosandey ist die Regel «ambulant vor stationär» eine Folge des technologischen Fortschritts. «Eigentlich hätten die Ärzte selber Ständesregeln definieren müssen, wann ein Eingriff ambulant und wann er stationär durchgeführt werden soll», findet er. Cosandey befürchtet, dass die öffentlichen Spitäler bei ihren Besitzern, den Kantonen, die hohle Hand machen werden, sei es für Um- oder Neubauten oder eine Erhöhung der Subventionen für gemeinwirtschaftliche Leistungen. «Das wäre eine gefährliche Entwicklung», sagt Cosandey. Mit dem Grundsatz «ambulant vor stationär» ändere sich auch die Wettbewerbssituation. «Der Konkurrent eines Spitals ist nicht nur das nächste Spital, sondern vielleicht das nächste Ärztezentrum, das effizient ambulante Eingriffe durchführt», sagt er. Damit falle auch das häufigste Argument für Spitalsubventionen weg: nämlich die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung.

Ambulant vor stationär: So streng sind die Kantone





Nach einer Vorgabe des Bundes werden gewisse Operationen nur noch ambulant durchgeführt. Foto: Kostas Maros

**** Anmerkung der Redaktion: Diese Aussage ist gemäss dem Spital Emmental falsch und wurde in der Online-Version auf tagesanzeiger.ch korrigiert. Richtig ist: «Das hat das Spital Burgdorf schon hinter sich. Es hat mit Eigenmitteln und einer Anleihe am Kapitalmarkt für 111 Millionen Franken ein neues Bettenhaus erstellt, das auch für ambulante Eingriffe vorbereitet ist.»**

Gleichentags erschienen in: Der Bund, Berner Zeitung Gesamt, Basler Zeitung, Der Landbote, Zürichsee-Zeitung, Zürcher Oberländer, Zürcher Unterländer

- Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe
tagesanzeiger.ch 08.04.2019

© Tages-Anzeiger

[ONLINE, 08.04.2019](#)

Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe

Seit Anfang Jahr müssen Patienten, die sich etwa die Mandeln oder Krampfadern entfernen lassen, am selben Tag wieder nach Hause. Das bringt gerade Regionalspitäler in Bedrängnis.

Im Kanton St. Gallen stehen fünf kleinere Spitäler vor der Schliessung. Im Kanton Zürich kämpft das Spital Affoltern ums Überleben, und die Spitäler in Wetzikon und Uster wollen fusionieren. Nach der gescheiterten Spitalfusion in der Nordwestschweiz ist unklar, wie es dort weitergeht. Die Schweizer Spitallandschaft ist im Umbruch.

Einer der Gründe ist die 2012 eingeführte neue Spitalfinanzierung. Es gibt nur noch Pauschalen, statt dass jeder Spitaltag abgegolten wird. Und jetzt kommt die nächste Herausforderung: Ab diesem Jahr gilt für mindestens sechs Bereiche von Operationen oder Untersuchungen der Grundsatz «ambulant statt stationär». Die Eingriffe müssen nach einer Vorgabe des Bundes an einem Tag ausgeführt werden. Dazu gehören Kniearthroskopien, die Entfernung von Krampfadern oder der Mandeln.

Die Operationen werden dann zu einem anderen Tarif abgerechnet. Zum Vergleich: Am Kantonsspital Baden kostet eine Meniskusoperation 3971 Franken, wenn sie stationär durchgeführt wird; dasselbe kostet ambulant 1980 Franken. Die Tarife für ambulante Eingriffe sind also deutlich tiefer als bei einer Behandlung mit Spitalaufenthalt und werden vollständig von den Krankenkassen bezahlt, statt zur Hälfte durch die Kantone. «Die sechs Eingriffe betreffen rund 33'000 Fälle pro Jahr», sagt Philip Sommer, Leiter Beratung im Gesundheitswesen beim Beratungsunternehmen PWC. Sommer hat die Folgen der neuen Regelung untersucht. Das würde bloss zwei Prozent aller stationären Eingriffe betreffen. Für die Kantone ergibt sich daraus gemäss einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums Obsan ein Sparpotenzial von 90 Millionen Franken.

Manche Kantone gehen schon weiter

Die Liste des Bundes ist wohl nur der Anfang. Nach einem Monitoring über deren Wirkung will das Bundesamt für Gesundheit über einen Ausbau der Liste entscheiden. Einige Kantone gehen schon jetzt weiter und haben bis zu sechzehn Eingriffe auf die Liste gesetzt. Vorreiter dieser Entwicklung war die Romandie. Dort hat man schon vor Jahren mit der Umstellung begonnen. Sollte die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Eingriffen im Parlament beschlossen werden, würde für alle Eingriffe der Anreiz wegfallen, die Patienten im Spital zu behalten.

Philip Sommer schätzt, dass das Potenzial für ambulante statt stationäre Fälle in den nächsten 10 Jahren deutlich höher liegt. «Es könnten rund 200'000 heute stationäre Fälle künftig ohne Übernachtung im Spital behandelt werden.» Das wären 14 Prozent aller stationären Patienten.

Regionalspitäler stärker betroffen

Spitäler mit vielen operativen, aber relativ einfachen Eingriffen sind gemäss Sommer von dieser Entwicklung stärker betroffen. Das trifft Regionalspitäler tendenziell eher als grosse Zentrumsspitäler. Aber auch bei letzteren sind die Herausforderungen gross. «Die Spitäler müssen umdenken und rasch ein effizientes Ambulatorium anbieten», sagt Jérôme Cosandey, Gesundheitsökonom von Avenir Suisse. «Das fällt vielen Spitälern schwer, grossen wie kleinen.» Es sind nicht nur öffentliche Spitäler, die den Wandel spüren: Die zur Hirslanden-Gruppe gehörende Klinik St. Anna in Luzern meldete Ende Januar, sie habe von Mitte 2017 bis Ende 2018 rund 1000 Fälle ambulant statt stationär behandelt, und bei «fast allen» rote Zahlen geschrieben. Weil die Patienten wieder nach Hause gehen, muss ein

Ambulatorium effizienter arbeiten als eine stationäre Klinik.

Wird die Regelung zu einem Abbau von Spitalbetten führen? Fragt man die Kantone, so winken die meisten ab. Einzig der Kanton Bern geht davon aus, dass eine erweiterte Liste zu «tief greifenden Veränderungen in der Spitallandschaft» führen würde. Wer beim Berner Inselspital nachfragt, wie sich die neue Regel auf dessen Landspitäler auswirkt, erhält keine genaue Auskunft. Man sei sich der Herausforderung bewusst und werde «ambulante Angebote weiter ausbauen und spezialisierte Infrastruktur für ambulante Eingriffe schaffen», sagt ein Mediensprecher.

Das hat das Spital Burgdorf schon hinter sich. Es hat mit Eigenmitteln und einer Anleihe am Kapitalmarkt für 111 Millionen Franken ein neues Bettenhaus erstellt, das auch für ambulante Eingriffe vorbereitet ist.

Folge des technologischen Fortschritts

Für Cosandey ist die Regel «ambulant vor stationär» eine Folge des technologischen Fortschritts. «Eigentlich hätten die Ärzte selber Standesregeln definieren müssen, wann ein Eingriff ambulant und wann er stationär durchgeführt werden soll», findet er. Cosandey befürchtet, dass die öffentlichen Spitäler bei ihren Besitzern, den Kantonen, die hohle Hand machen werden, sei es für Um- oder Neubauten oder eine Erhöhung der Subventionen für gemeinwirtschaftliche Leistungen. «Das wäre eine gefährliche Entwicklung», sagt Cosandey. Mit dem Grundsatz «ambulant vor stationär» ändere sich auch die Wettbewerbssituation. «Der Konkurrent eines Spitals ist nicht nur das nächste Spital, sondern vielleicht das nächste Ärztezentrum, das effizient ambulante Eingriffe durchführt», sagt er. Damit falle auch das häufigste Argument für Spitalsubventionen weg: nämlich die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung (Quelle: Tamedia)

Identisch publiziert unter:

- [Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe](#)
derbund.ch
- [Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe](#)
bazonline.ch
- [Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe](#)
derbund.ch
- [Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe](#)
bernerzeitung.ch
- [Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe](#)
berneroberlaender.ch
- [Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe](#)
langenthalertagblatt.ch
- [Spitäler kämpfen mit Umstellung auf ambulante Eingriffe](#)
thunertagblatt.ch

© tagesanzeiger.ch